AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
http://ageconsearch.umn.edu
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V.

Schmidt, K.-D.: Ursachen und Auswirkungen weltwirtschaftlicher Instabilität sowie die Strategien zu ihrer Beseitigung. In: Langbehn, C., Stamer, H.: Agrarwirtschaft und wirtschaftliche Instabilität. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 13, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1976), S. 9-22.

URSACHEN UND AUSWIRKUNGEN WELTWIRTSCHAFTLICHER INSTABILITÄT SOWIE DIE STRATEGIEN ZU IHRER BESEITIGUNG 1)

von

Klaus - Dieter Schmidt, Kiel

1	Der Befund	9
2	Die Diagnose	10
3	Die Therapie	18

1 Der Befund

Im Spätsommer 1975 verharrt die Wirtschaft der westlichen Welt noch immer in einer tiefen Rezession, für die es - was ihre Dauer und Stärke anlangt - nach dem Zweiten Weltkrieg keine Parallele gibt. Zwar mehren sich in einigen Ländern die Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung, so in den Vereinigten Staaten und in Japan, und auch die Bundesrepublik Deutschland hat gute Aussichten, in den nächsten Monaten die "Talsohle" hinter sich zu lassen. Doch ändert dies nichts mehr daran, daß die ökonomische Bilanz des Jahres 1975 enttäuschend ausfallen wird. In den OECD-Ländern zusammengenommen dürfte das reale Sozialprodukt im Jahresdurchschnitt um 2 v.H. schrumpfen, nachdem es schon 1974, wenn auch nur leicht, zurückgegangen war.

Zwei Jahre schrumpfende Produktion bei wachsendem Produktionspotential bedeuten sinkende Auslastung der Kapazitäten und steigende Arbeitslosigkeit: Im Durchschnitt der OECD-Länder dürften gegenwärtig die Sachkapazitäten nur zu etwa 93 v.H. ausgelastet sein, gemessen an einer Vollauslastung von 100 v.H. Rund 15 Millionen Arbeitnehmer sind ohne einen Arbeitsplatz, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 5 v.H.

Bis vor wenigen Wochen hielten es auch ernst zu nehmende Beobachter der internationalen Wirtschaftsszene nicht für ausgeschlossen, daß sich aus der weltweiten Rezession eine weltweite Depression entwickeln könne. Die Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Volkswirtschaften, so lautete der Befund eines großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstituts, sei heute grundsätzlich noch genauso groß "wie in der guten alten Zeit".

Ein weiteres Symptom weltwirtschaftlicher Instabilität - hier allerdings unterscheidet sich die heutige Situation von derjenigen in den zwanziger und dreißiger Jahren - ist die hartnäckig anhaltende

1) Der Verfasser dankt seinen Kollegen GÜNTER FLEMIG und DEAN SPINANGER für eine kritische Durchsicht des Manuskripts und die Mithilfe bei der Zusammenstellung der statistischen Daten. Etwaige Fehler und Mängel gehen selbstverständlich nicht zu ihren Lasten.

Inflation. Auch wenn sich die Inflationsraten im Gefolge der scharfen Rezession etwas verringert haben - im Durchschnitt der OECD-Länder dürften die Verbraucherpreise 1975 "nur" noch um 9 v.H. steigen, nach 13 1/2 v.H. im Jahre 1974 -, so bleibt doch ein erheblicher Inflationssockel, mit dem alle Länder in den Aufschwung hineingehen: An den Weltrohstoffmärkten tendieren die Preise bereits wieder nach oben, ohne daß vorher das alte Niveau, wie es seit dem Abklingen der Korea-Hausse fast zwei Jahrzehnte bestanden hatte, auch nur annähernd erreicht worden wäre.

Betrachtet man die zyklischen Bewegungen der wirtschaftlichen Aktivität seit Ende der fünfziger Jahre (wobei saison- und trendbereinigte Reihen für die Industrieproduktion und für die Verbraucherpreise der OECD-Länder exemplarisch für die Schwankungen von Mengen und Preisen stehen), so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Amplituden der Zyklen nicht kleiner, sondern größer geworden sind (Schaubild). Hinzu kommt, daß der inflatorische Trend zunehmend steiler verläuft, während sich der Trend der Produktion allem Anschein nach abgeschwächt hat. Anders ausgedrückt: Wir müssen eine deutliche Zunahme der weltwirtschaftlichen Instabilität konstatieren. Dieses Ergebnis ist deshalb bemerkenswert, weil es im Gegensatz zu der lange Zeit verbreiteten Auffassung steht, die Wirtschaftspolitik habe den Wirtschaftsablauf beherrschen gelernt. Natürlich gab es auch früher schon skeptische Stimmen, die davor warnten, zu ehrgeizige Ziele zu setzen, wie z.B. die Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität völlig auszuschalten: Auf die Frage, ob der Konjunkturzyklus tot sei, die sich Mitte der sechziger Jahre eine internationale Konferenz kompetenter Konjunkturfachleute vorgelegt hatte, waren überwiegend negative Antworten zu hören (vgl. BRONFENBRENNER, 3). Doch glaubte man, dank der inzwischen gewonnenen Einsichten über das Wesen des Konjunkturzyklus und gestützt auf ein modernes konjunkturpolitisches Instrumentarium, die Wellenbewegungen weitgehend glätten zu können. Es hat den Anschein, als sei nach den jüngsten Erfahrungen selbst diese Vorstellung revisionsbedürftig.

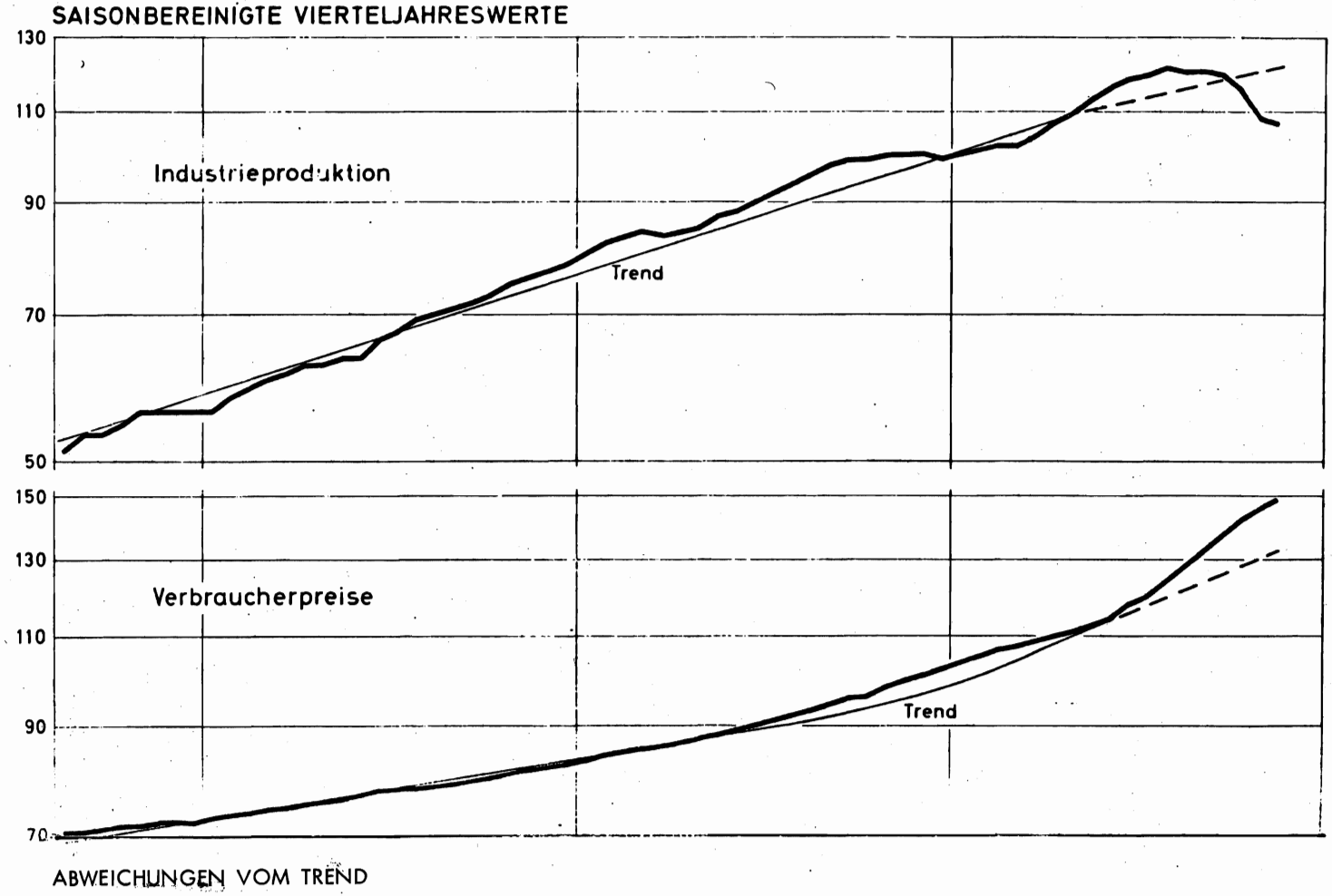
2 Die Diagnose

Das zyklische Auf und Ab der wirtschaftlichen Aktivitäten, wie wir es seit den Anfängen des modernen Industriekapitalismus beobachten, stellt die Wissenschaft noch immer vor Rätsel, obwohl es kaum einen Nationalökonomen von Rang gibt, der sich nicht irgendwann einmal auf konjunkturtheoretischem Gebiet versucht hätte. So verfügen wir heute zwar über eine Vielzahl von Erklärungshypothesen, deren systematische Ordnung, wie JÖHR (14, S. 133) einmal bemerkte, selbst schon zu einem wichtigen wissenschaftstheoretischen Problem geworden ist, aber über keine eigentliche Konjunkturtheorie. Zum Teil ergänzen sich diese Hypothesen, zum Teil widersprechen sie sich aber auch. Man kann sie einteilen in die sogenannten "exogenen Theorien" (hierzu zählen etwa JEVONS Sonnenfleckentheorie, BEVERIDGES Wetterzyklentheorie, LÖSCHS Geburtenwellentheorie oder SOMBARTS Theorie von den Schwankungen der Goldproduktion), die die Konjunkturschwankungen im wesentlichen auf erratische Schocks, also Anstöße von außen, zurückführen, und in die "endogenen Theorien", die sie aus dem Systemzusammenhang heraus erklären, nämlich aus der Existenz von Lags, Puffern und Nichtlinearitäten. Das bekannteste und zugleich einfachste dieser Oszillationsmodelle ist das Cobweb-Theorem, das HANAU zur Erklärung des Schweinezyklus herangezogen hat; etwas komplizierter in ihrer formalen Struktur sind die auf der Theorie vom Multiplikator und Akzelerator aufbauenden Konjunkturmodelle, wie das Modell von HANSEN/SAMUELSON.

Was hingegen immer noch fehlt, ist eine integrierende Theorie, die die verschiedenen Ansätze vereint. Doch auch nach gut einem Jahrhundert der Deutung und Systematisierung sind die Aussichten hierfür denkbar schlecht. Die Komplexität der wirtschaftlichen Zusammenhänge bringt es nun einmal mit sich, daß verschiedene Interpretationen möglich sind. Weder für ein einzelnes Land noch für einen Konjunkturzyklus läßt sich in der Regel eine Hypothese zwingend aufstellen oder widerlegen. Dies macht verständlich, warum sich so viele Ökonomen, wenn es um das Konjunkturphänomen geht, in einen resignierenden Erklärungsmonismus flüchten.

Um mir die Arbeit zu erleichtern, werde ich das Thema meines Vortrages leicht abwandeln, indem

Schaubild 1: Produktion und Verbraucherpreise in den OECD-Ländern 1959 - 1975 1970 = 100



ich mich vornehmlich mit den Ursachen und Auswirkungen zunehmender weltwirtschaftlicher Instabilität beschäftige. Dies scheint mir auch deshalb gerechtfertigt, weil - wie ich anfangs zu zeigen versucht habe - die Anfälligkeit der kapitalistischen Volkswirtschaften gegen Störungen in den letzten Jahren offenbar größer geworden ist - ein Tatbestand, der für sich allein schon einer Erklärung bedarf.

Zudem werde ich mich - schon wegen des mir gesetzten Zeitlimits - auf die Diskussion einiger zentraler Erklärungshypothesen beschränken: Wollte man das Thema wirklich umfassend behandeln, so müßte man zunächst die unterschiedlichen Erklärungshypothesen darstellen und dabei jene aussondern, die dem Test auf logische Konsistenz nicht standhalten; die verbleibenden Hypothesen wären dann dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie mit den Fakten übereinstimmen. Eine solche Beschränkung, wie sie hier vorgenommen wird, ist natürlich nicht unproblematisch, denn sie beinhaltet notgedrungen ein gewisses Maß an subjektiver Willkür. Dies gilt um so mehr, weil gerade über dieses Thema unter den Ökonomen ein heftiger Glaubenskrieg (mit durchaus handrestem ideologischen Hintergrund) im Gang ist, bekannt als Fiskalismus - Monetarismus - Kontroverse:

- Seit langem war es mehr oder weniger opinio communis, daß die Ursachen der Konjunkturschwankungen in der - aus welchen Gründen auch immer - Instabilität des privaten Sektors zu suchen sind. Nach der Großen Depression Anfang der dreißiger Jahre, insbesondere im Anschluß an die Arbeiten von KEYNES, gesellte sich dazu die Überzeugung, daß das marktwirtschaftliche System nicht automatisch zum Gleichgewicht tendiert, wie das die klassische Theorie angenommen hatte, sondern daß es zu einer - stabilen - Unterbeschäftigungssituation kommen kann. Deshalb sollte fortan der Staat für die Steuerung der Konjunktur verantwortlich sein, wobei insbesondere die Fiskalpolitik durch eine Veränderung der Einnahmen und/oder Ausgaben dafür zu sorgen hat, daß das für die Erhaltung der Vollbeschäftigung erforderliche Nachfrageniveau gewährleistet ist (Antizyklische Fiskalpolitik).
- Die Position der "Fiskalisten" ist seit einigen Jahren heftigen Attacken der "Monetaristen" ausgesetzt. Ihre Vertreter, allen voran MILTON FRIEDMAN und KARL BRUNNER, gehen von der Stabilität des privaten Sektors aus und führen Konjunkturschwankungen auf destabilisierende Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsablauf zurück 1). Statt für eine Politik fallweiser Eingriffe, plädieren sie für eine trendorientierte Konjunkturpolitik (Potentialorientierte Geldpolitik).

Es ist hier nicht der Ort, die Pros und Kontras dieser unterschiedlichen Positionen eingehender zu behandeln. Es mag genügen, auf die in letzter Zeit geradezu lawinenartig angeschwollene Literatur hinzuweisen (vgl. JOHNSON, 15, S. 1 ff; FAND, 6, S. 276 ff). Es ist freilich nicht zu übersehen, daß zwischen beiden Auffassungen ein theoretisch schwer zu überbrückender Unterschied besteht. Dennoch bestärken mich gerade die negativen Erfahrungen der Konjunkturpolitik darin, nicht einem Erklärungsmodell den Vorzug zu geben, sondern Toleranz zu üben in bezug auf zwei koexistierende Modelle. Denn ich vermag einerseits die monetaristische Theorie von Stabilität des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses nicht so recht zu teilen, will andererseits aber auch nicht bestreiten, daß konjunkturpolitische Maßnahmen in der Vergangenheit, wenn vielleicht auch nicht zyklenbildend, so doch zyklenverstärkend gewirkt haben. Ich werde daher im folgenden versuchen, beiden Standpunkten gerecht zu werden.

Aus dem Katalog der zahlreichen Erklärungshypothesen greife ich drei heraus:

- Der kapitalistische Entwicklungsprozeß vollzieht sich in langen Wellen: Seit Anfang der siebziger

---

1) Exemplarisch hierfür ist etwa die Argumentation eines der führenden Monetaristen, L. ANDERSON (1, S. 116): "A central monetarist proposition is that the economy is basically stable. The economy will naturally move along a trend path of output determined by growth in its productive potential. The basic source of short-run economic instability are monetary actions which result in accelerations and decelerations in the rate of money growth."

Jahre befinden wir uns in der Abschwungsphase einer solchen Welle. Dies hat zur Folge, daß die kürzeren konjunkturellen Schwingungen nun stärker hervortreten als in den fünfziger und sechziger Jahren, in denen sie vom steileren Wachstumstrend überlagert waren.

- Mit zunehmender Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften ist der internationale Konjunktur- und Inflationsverbund enger geworden; da außerdem die Konjunkturpolitik stärker als früher synchronisiert ist, antizyklisch gedachte Maßnahmen aber wegen Verzögerungen bei der Durchführung meist prozyklisch wirken, spielen diese ungewollt die Rolle eines Konjunkturverstärkers.
- Die Marktwirtschaft hat immer mehr die für ihre Funktionsfähigkeit erforderliche Elastizität verloren. Verkrustete Macht- und Marktstrukturen führen vielfach zu inversen Reaktionen. Hinzu kommt, daß ein verstärkter Sanktionsabbau die Stabilisierungspolitik zunehmend ineffizienter macht oder ihr Aktionsfeld einengt.

Natürlich schließen sich die verschiedenen Hypothesen nicht aus; teilweise müssen sie sogar im Zusammenhang gesehen werden. Auf der anderen Seite hat nicht jede von ihnen für jedes Land die gleiche Bedeutung.

Was die erste Hypothese anlangt, so gründet sie sich auf eine Theorie, die, nachdem sie lange Zeit in Vergessenheit geraten war, in den letzten Jahren eine solche Renaissance erlebte, daß sie inzwischen sogar die Kolumnen der Illustriertenpresse füllt (vgl. HAFFNER, 11, S. 92): Gemeint ist die Theorie von den Kondratieff-Zyklen, wie SCHUMPETER die (von dem Russen KONDRATIEFF und dem Niederländer DE WOLFF unabhängig voneinander entdeckten) langen Wellen der Wirtschaftstätigkeit genannt hat. Danach vollzieht sich der kapitalistische Entwicklungsprozeß in Zyklen mit einer Dauer von fünfzig bis sechzig Jahren, hervorgerufen durch technologische Umwälzungen, wie die Erfindung der Dampfmaschine, die Einführung der Eisenbahn oder die Entwicklung der Petrochemie. Seit Anfang der siebziger Jahre, so behaupten nun die Vertreter dieser Theorie, befindet sich die Weltwirtschaft in der Abschwungsphase des 4. Kondratieff-Zyklus. Die zunehmende Instabilität resultiert danach aus einer Verschlechterung der globalen Wachstumsbedingungen. Hierfür spräche auch die Beobachtung, daß stagnierende oder schrumpfende Branchen in der Regel stärkere konjunkturelle Schwankungen aufweisen als Wachstumsbranchen.

Obwohl die Existenz langer Wellen umstritten ist - die Mehrzahl der Konjunkturforscher betrachtet sie eher als ein Ergebnis der "Rechenprozedur" (um nicht zu sagen: eines allzu unkritischen Umgangs mit den Verfahren der Zeitreihenanalyse) -, so scheint es doch so, daß man damit die Nachkriegsentwicklung bis zur Gegenwart recht gut beschreiben kann. Die Periode des raschen Wachstums der Weltwirtschaft dauerte 25 Jahre - genau die Zeitspanne, die KONDRATIEFF und DE WOLFF für die Aufschwungsphase einer langen Welle gefunden hatten. Was die jüngste Entwicklung anlangt, so besteht weitgehend Konsens darüber, daß wir es diesmal nicht nur mit einer Stabilisierungskrise nach altem Muster zu tun haben, sondern auch mit einer weltweiten Strukturkrise (FELS, 7, S. 9 ff): In allen Industrieländern sind es die gleichen Problembereiche, die - wie die Automobilindustrie, die Textilindustrie und die Bauwirtschaft - zur Stagnation oder zum Schrumpfen verurteilt scheinen, und es sind bislang nur wenige Bereiche auszumachen, die - im Sinne Schumpeters - künftig die Schrittmacher des Wachstums sein werden.

Wenn ich auch der These vom "negativen Kondratieff" als Ursache zunehmender weltwirtschaftlicher Instabilität eine gewisse Plausibilität nicht absprechen mag, so überwiegt bei mir dennoch die Skepsis: Dies schon deshalb, weil ich mich nur schwerlich mit einer solch mechanistischen Erklärung zufrieden geben kann, nach der sich technologisch Umbrüche gleichsam naturgesetzlich einstellen sollen nach dem Rhythmus der sieben fetten und sieben mageren Jahre. Jedenfalls ist nicht so recht einzusehen, warum es in den nächsten zwanzig bis dreißig Jahren keine weltverändernden wissenschaftlichen Erfindungen mehr geben soll und keine Pionierunternehmen, die diese wirtschaftlich verwerten. Es trifft zwar zu, daß momentan vielleicht keine technischen Erfindungen von der Bedeutung des Flugzeugs, des Computers oder des Automobils am Horizont erscheinen. Dafür zeichnen sich viele interdependente Erfindungen ab, die mehr in Richtung auf neue Techniken und Systeme zielen. Es ist bemerkenswert, daß selbst ein so engagierter Vertreter des Kondratieff-Schemas wie L. DUP-

RIEZ den kapitalistischen Entwicklungsprozeß nicht als determiniert betrachtete, sondern ihn jederzeit offen wähnte für neue Entwicklungsrichtungen. Der verbreitete Wachstumspessimismus unserer Tage scheint mir zum großen Teil aus der Neigung zu resultieren, kurzfristige Entwicklungen zu extrapolieren.

Die zunehmende weltwirtschaftliche Instabilität wird häufig - und damit komme ich zur zweiten Erklärungshypothese - mit der zunehmenden internationalen Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften erklärt. Dies habe zur Folge, daß sich Konjunkturschwankungen rascher als bisher von einem Land auf ein anderes übertragen können und schließlich wechselseitig verstärken. Auch diese Hypothese hat viel für sich, doch hat sie zwei gravierende Mängel: Sie stimmt nur bedingt mit den Fakten überein und sie gilt nur unter bestimmten Annahmen, nämlich in einem System fester Wechselkurse und/oder bei einer Synchronisierung der Konjunkturpolitik.

- Zwar hatten wir in den Jahren 1972 bis 1975 tatsächlich einen solchen internationalen Konjunkturgleichschritt, was die Stärke der gegenwärtigen Rezession ebenso erklärt wie die des vorangegangenen Booms, doch kann diese Konstellation auch zufällig zustande gekommen sein: Tatsächlich läßt sich ein weltweiter Konjunkturverbund nach dem Zweiten Weltkrieg nur noch einmal beobachten, nämlich im Jahre 1958, als die westeuropäischen Volkswirtschaften in den Sog der US-amerikanischen Rezession gerieten (vgl. GEBERT, SCHMIDT, 9, S. 10 ff). In allen anderen Zyklen hatten wir sogenannte Konjunkturschaukeln, die wechselseitig zur Konjunkturstabilisierung beitrugen. 1969/70, um nur ein Beispiel zu nennen, hat die Rezession in den Vereinigten Staaten nicht verhindert, daß es in den westeuropäischen Ländern zu einem Boom kam. Bis vor kurzem wurde daher nicht selten die gegenteilige Auffassung vertreten, daß nämlich der internationale Konjunkturverbund eher lockerer geworden ist. Bezeichnend hierfür ist folgendes Zitat aus einem erst in diesem Jahr erschienenen Lehrbuch über Geld- und Konjunkturtheorie: "Obwohl das Netz der außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Industrieländern mit marktwirtschaftlicher Ordnung nicht weniger dicht geknüpft ist als früher, gehen die Konjunkturschwankungen in fast allen Ländern mehr oder weniger ihren eigenen Gang - nicht nur in den führenden Industrieländern wie in den USA, in Japan und in der BRD, sondern auch in manchen kleineren, hochgradig außenhandelsabhängigen Ländern Westeuropas wie z.B. in Österreich und der Schweiz" (DÜRR, NEUHAUSER, 5, S. 100).
- Überdies geht die Theorie vom internationalen Konjunkturzusammenhang von festen Wechselkursen zwischen den einzelnen Ländern aus - der Verbund scheint aber gerade enger geworden zu sein, seit die meisten Währungen mehr oder weniger frei floaten, und er war paradoxerweise relativ locker zur Zeit des Bretton-Wood-Systems. Noch in seinem letzten Jahresgutachten hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Vermutung geäußert, daß durch die Spaltung in vier Währungsblöcke der Konjunkturverbund innerhalb der europäischen Gemeinschaft wieder gelockert werde (vgl. Sachverständigenrat, 20, S. 35). Die Erklärung für dieses wenig plausible Ergebnis ist vielleicht darin zu sehen, daß anstelle der starren Wechselkurse eine stärkere Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik getreten ist. Tatsächlich sieht es so aus, als hätten die einzelnen Länder die Chance für eine autonome Konjunkturpolitik nicht genutzt, sondern im Gegenteil die internationale Kooperation intensiviert. "Man zieht es vor, gemeinsam zu handeln, aber die Koordination dauert ihre Zeit, und größere time-lags der Konjunkturpolitik führen zu verstärkten zyklischen Schwankungen. So sitzen wir alle in schöner Gemeinsamkeit im Boot der internationalen Konjunktur, aber dieses Boot schaukelt sehr viel unangenehmer, als wir es aus der Vergangenheit gewohnt sind" (GIERSCH, 10, S. 17).

Man kann nun mit GIERSCH argumentieren, daß ein "Zuviel" und "Zuspät" an internationaler Kooperation die Ursache der größeren Instabilität ist, man kann aber auch das Gegenteil behaupten, daß nämlich angesichts der zunehmenden Marktmacht großer Anbietergruppen - die wegen ihres über die Ländergrenzen hinaus reichenden Einflusses die Effizienz einer nationalen Konjunkturpolitik immer mehr in Frage stellen - zu wenig kooperiert worden ist. Im ersten Fall ist es dann die zunehmende internationale Kooperation bei der Planung und Durchführung der Konjunkturpolitik, im

zweiten Fall die internationale Koordination derjenigen, die außerhalb der Regierung Entscheidungen treffen.

Nimmt man den zweiten Fall etwas genauer unter die Lupe, so werden in der Regel mehrere Aspekte hervorgehoben:

- Die zunehmende Vermachtung der Märkte führt zu einer nach unten immer starreren Preis- und Lohnstruktur, die die Konjunkturpolitik ihrer Symmetrie beraubt: Expansive Maßnahmen führen überwiegend nur noch zu Preis- und Lohnsteigerungen, während restriktive Maßnahmen überwiegend Produktions- und Beschäftigungsrückgänge nach sich ziehen. Im Ergebnis resultierte daraus eine expansionistisch ausgerichtete Konjunkturpolitik, die zur Beschleunigung der Inflation geführt, ihr Ziel, die Hebung des Beschäftigungsgrades, aber immer weniger erreicht hat.
- Zunehmende Marktmacht verleitet nicht nur zu konjunkturpolitischer Asymmetrie, sie führt auch zur Ineffizienz der Konjunkturpolitik schlechthin: Sei es, daß die mächtigen Anbietergruppen die Maßnahmen staatlicher Stellen unterlaufen können, sei es, daß die politischen Instanzen ihre Maßnahmen von vornherein so treffen, daß sie mit den Interessen der organisierten Gruppen übereinstimmen. Überspitzt kann man sagen, daß sich das Machtgleichgewicht zwischen den Unternehmen und den Gewerkschaften auf der einen Seite und dem Staat auf der anderen Seite verschoben hat, nicht zuletzt als Folge eines zunehmenden Sanktionsabbaus, wie er sich etwa in der von den Regierungen gegebenen Vollbeschäftigungsgarantie manifestiert.
- Kritiker dieser These argumentieren häufig, daß die organisierten Gruppen den Konflikt mit der Staatsautorität nicht durchstehen könnten, wenn die politischen Interessen von ihrer Macht konsequent Gebrauch machten. Tatsächlich haben die Gewerkschaften den Konflikt mit der Geldpolitik, zu dem es 1973 und 1974 in vielen Ländern gekommen war, eindeutig verloren, wie sich an den steigenden Arbeitslosenzahlen unschwer ablesen läßt. Zu Recht argumentieren die "Monetaristen", daß die Inflation in der Welt ein Ende finden müsse, sobald die Notenbanken das erforderliche Geld zu ihrer Finanzierung verweigerten.
- Trotzdem darf man nicht übersehen, daß die Potenz der Stabilisierungspolitik, wie sie die "Monetaristen" für die Geldpolitik in Anspruch nehmen, vielfach nur im theoretischen Modell besteht. Die Schwierigkeiten mit der Konjunktursteuerung, wie wir sie heute in allen westlichen Industrieländern beobachten, haben ihre Ursache in erster Linie in den gegebenen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Erschwert wird die Stabilisierungspolitik vor allem dadurch, daß immer mehr gesellschaftspolitische Ziele angestrebt werden, die zu den eigentlichen stabilisierungspolitischen Zielen in Widerspruch stehen 1): Hat die Regierung eine Vollbeschäftigungsgarantie abgegeben und verfolgen die autonomen Gruppen Verteilungsziele, die nicht mit den Zielen der Stabilisierungspolitik im Einklang stehen, dann muß notwendigerweise das Ziel der Preisniveaustabilität auf der Strecke bleiben, möglicherweise auch das Beschäftigungsziel.

Von den drei vorgetragenen Erklärungshypothesen scheint mir letztere die meiste praktische Relevanz zu besitzen, insbesondere, wenn wir an die Situation in anderen Ländern denken, in denen permanente Sozialkonflikte die Stabilisierungspolitik schon im Ansatz scheitern lassen.

Inwieweit der konflikttheoretische Ansatz die Realität hinreichend zu erklären vermag, soll kurz an zwei Ereignissen untersucht werden, die die Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahre entscheidend geprägt haben: der sogenannte Dollarüberhang und die Explosion der Rohstoffpreise.

---

1) Das gilt insbesondere für jene Länder, in denen sich die Regierungen zunehmenden Sozialkonflikten gegenübersehen, wie Großbritannien, Italien und Frankreich. Überaus skeptisch beurteilt etwa ein Kenner der englischen Verhältnisse die Möglichkeiten der Geldpolitik für sein Land: "Whether or not monetary laxity promoted the pay explosion, monetary restraint is unlikely to be able to contain it. The development of institutions and procedures that will contain it is dependent upon a widespread acceptance of the need for them that does not now exist. (H. PHELPS-BROWN, 19, S. 21).

- Eine wesentliche Ursache der zunehmenden weltwirtschaftlichen Instabilität seit dem Ende der sechziger Jahre war wahrscheinlich die Überflutung der Welt mit amerikanischer Währung: Allein von Ende 1969 bis Anfang 1972 stiegen die Dollarbestände der Zentralbanken von 78 Mrd. $ auf 133 Mrd. $. Der gewaltige Dollarabfluß war die Folge einer jahrelangen Nachfrage- und Kosteninflation, ausgelöst durch wachsende Budgetdefizite und eine Politik des leichten Geldes, mit der die Vereinigten Staaten die Lasten des Vietnam-Krieges und dazu noch die eines kostspieligen Sozialprogramms finanzierten. In einer kritischen Darstellung der amerikanischen Wirtschaftspolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges spricht Edward KNIGHT von den "Guns and Butter Excesses" der Johnson- und Nixon-Administration: "Although the administration conceded that Vietnam and high level economic activity would make it increasingly difficult to keep the economy in balance, it felt there was no economic justification for a substantial cutback in non-defense spending. In its view, the economy at the time could afford both guns and butter" (KNIGHT, 16, S. 398). Es mag sein, daß die Regierung die Kosten ihrer Politik unterschätzt hatte; als sie Steuererhöhungen ins Auge faßte, scheiterte sie mehrfach am erbitterten Widerstand des Congress.

  Eine solche Strategie, die einem Verteilungskonflikt im Innern aus dem Wege ging, dafür aber den Verbündeten einen Teil der Lasten aufbürdete, war nur möglich, solange diese bereit waren, gute Ware gegen schlechte Dollars herzugeben. Da die Europäer und Japaner den Vereinigten Staaten nicht vorschreiben konnten, welche Geldpolitik sie zu betreiben hätten und die Amerikaner auch nicht willens waren, einer Änderung der Dollarparität über eine Erhöhung des Goldpreises zuzustimmen, blieb zunächst wohl auch kaum eine andere Wahl. Es ist freilich schwer verständlich, warum sich später Europäer und Japaner so hartnäckig weigerten, die amerikanische Wiedergutmachung in Form einer kräftigen Dollarabwertung hinzunehmen. Offenbar standen die Regierungen dieser Länder unter dem Druck organisierter Produzentengruppen, die sich gegen eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition sträubten.

- Infolge der Aufblähung der internationalen Liquidität geriet die Weltwirtschaft 1972/73 in einen inflatorischen Boom, der die Preisexplosion an den Weltmärkten für Nahrungsmittel und Industrierohstoffe auslöste. Gegenüber dem Stand von Ende 1971 haben sich die Preise aller Rohstoffe im Durchschnitt etwa verdreifacht, der Preis für Rohöl sogar vervierfacht. Den Rohstoff produzierenden Ländern gelang damit endlich das, was sie rund zwanzig Jahre vergeblich versucht hatten, nämlich eine tiefgreifende Umverteilung der realen Ressourcen auf dieser Welt. Daß es sich dabei nicht nur um den Versuch einer dauerhaften Verschiebung der "terms of trade" zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern handelt, sondern daß sich hierbei auch die Industrieländer selbst an beiden Fronten gegenüberstehen, zeigt sich deutlich an den gegenwärtigen Positionen im Streit um den künftigen Ölpreis zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien auf der einen und den anderen westeuropäischen Staaten unter Führung Frankreichs sowie Japans auf der anderen Seite.

  Die unmittelbare Konsequenz dieser Verteuerung für die Verbraucherländer war eine drastische Verschlechterung der "terms of trade", die sich für 1974 auf 2 bis 3 v.H. des realen Sozialprodukts beziffern läßt. Ein Teil des Einkommens, das sonst dort zur Verfügung gestanden hätte, wurde somit an die Öl und Rohstoffe exportierenden Staaten abgetreten. Da nur ein Bruchteil dieser Beträge über verstärkte Warenexporte in die Verbraucherländer zurückfloß, ist die Weltsparquote kräftig gestiegen - auch dies erklärt die Stärke der weltweiten Rezession. Entscheidend war allerdings, daß in den Verbraucherländern kaum eine gesellschaftliche Gruppe bereit war, die Kosten, die aus der Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse herrührten, mit zu tragen, was fast überall zur Verschärfung der Inflation und dort, wo diese energisch bekämpft wurde, zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit führte.

Ich glaube, daß mit der Verschärfung des Verteilungskonfliktes und seiner Verlagerung auf die internationale Ebene ein erheblicher Teil der zunehmenden weltwirtschaftlichen Instabilität erklärt werden

kann. Dieser Verteilungskonflikt war lange Zeit von der schleichenden Inflation verdeckt. In ihrem 1963 erschienenen Artikel über "Inflationstheorien" konnten BRONFENBRENNER und HOLZMANN (4, S. 615) noch schreiben: "Inflation acts as the great social mollifier by allowing various social groups to raise their money incomes (and perhaps real incomes) without cutting any other group's money income." Nachdem inzwischen die Geldillusion weitgehend abgebaut ist, hat dieser "social mollifier" seine Bedeutung verloren. Die Unfähigkeit der verantwortlichen Instanzen, den Konflikt zu lösen, tangiert damit zunehmend den realen Bereich.

Natürlich lassen sich auch andere Gründe finden, die bei vordergründiger Betrachtung sogar mehr ins Auge fallen. Wenn wir an die Explosion der Rohstoffpreise in den Jahren 1972 bis 1974 denken, so kam noch manches hinzu: die witterungsbedingt schlechten Getreideernten in den Vereinigten Staaten, die Produktionsausfälle bei einer Reihe von Genußmitteln infolge Dürre und Frost, das Ausbleiben der Anchovis-Fischschwärme vor der peruanischen Küste. Aber ähnliche Ereignisse hat es früher auch schon gegeben und dennoch hielten sich die zyklischen Preisbewegungen in Grenzen. Diesmal hingegen waren die Preissteigerungen zweimal so groß wie während des Koreakrieges, und auch die weltweite Rezession hat allem Anschein nach die Aufwärtsbewegung nicht gestoppt, sondern nur vorübergehend unterbrochen.

Die von mir angebotenen Hypothesen über die Ursachen zunehmender weltwirtschaftlicher Instabilität werden vielleicht nicht überall akzeptiert. Sie erklären wohl einen Teil der Realität, aber sicher nicht die ganze Realität; andere Deutungen sind möglich. Dagegen kann man ein hohes Maß an Übereinstimmung erwarten, wenn es um die Beurteilung ihrer Auswirkungen geht. So besteht sicherlich Einvernehmen darüber, daß es wünschenswert ist, die zyklischen Schwankungen von Produktion und Beschäftigung in möglichst engen Grenzen zu halten, und es gibt auch kaum mehr einen Dissens hinsichtlich der Wirkungen einer Dauerinflation, obwohl noch vor nicht allzu langer Zeit eine respektable Minderheit unter den Ökonomen die Auffassung vertrat, die Inflation sei ein taugliches Mittel zur Förderung des Wachstums und zur Hebung des Beschäftigungsgrades.

Mehr fragmentarisch als systematisch sei hier nur auf einige wenige Aspekte des Problems hingewiesen:

- Vorübergehende oder länger anhaltende Unterauslastung des Produktionspotentials ist gleichbedeutend mit Wohlfahrtseinbußen. Denn wird in einem Jahr weniger als von den Kapazitäten her möglich gewesen wäre produziert, so ist die nicht realisierte Produktionsmenge unwiderruflich verloren. Hinzu kommen die Langzeitwirkungen unterlassener Investitionen, die das Wachstum des Produktionspotentials beeinträchtigen. Überschlägig geschätzt dürften in den westdeutschen Industrieländern 1975 durch die Rezession Wachstumsverluste in Höhe von 225 Mrd. $ (in 1974er Preisen) entstanden sein - das ist etwa die Hälfte des Sozialprodukts, das die Entwicklungsländer in diesem Jahr erzeugt haben (550 Mrd. $). Natürlich läßt sich argumentieren, daß sich der Wechsel von guten und schlechten Zeiten, wie er sich in dem zyklischen Auf und Ab der Produktion manifestiert, stimulierender auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auswirkt: Rezessionen hätten dann den Charakter von Reinigungskrisen, die bei Unternehmern und Arbeitnehmern Leistungsreserven erschließen. Es ist jedoch zu fragen, ob man diese produktivitätssteigernden Wirkungen nicht auch anders erreichen kann, etwa indem man den Wettbewerb intensiviert.

  Wohlfahrtseinbußen resultieren aber auch daraus, daß eine Verfehlung des Stabilisierungsziels zur Fehlallokation von Ressourcen führt. Es genügt hier auf den Zusammenhang zwischen Dauerinflation und Kapitalfehlleitung im Bereich des Wohnungsbaus hinzuweisen. Aber auch zyklische Bewegungen von Nachfrage und Preisen können zu Störungen im realen Bereich führen: Nicht nur im Agrarbereich, sondern auch in einer ganzen Reihe von Industriezweigen können wir typische "Schweinezyklen" beobachten, das heißt gegenläufige oszillatorische Bewegungen von Preisen und Mengen. So läßt sich das Ausmaß der Explosion der Rohstoffpreise Anfang der siebziger Jahre zum Teil mit der Preisbaisse in den fünfziger und sechziger Jahren erklären, die dazu geführt hatte, daß die Kapazitäten in der Rohstofferzeugung nicht genügend ausgeweitet worden waren. Unter

allokationspolitischem Aspekt bedeutet schließlich auch der durch das Preisdiktat der Ölländer ausgelöste Substitutionsprozeß im Energiebereich eine gewaltige Kapitalfehlleitung. Dies wird sich spätestens dann zeigen, wenn die OPEC-Staaten unter dem Druck der Substitutionskonkurrenz den hohen Ölpreis werden zurücknehmen müssen; und sie können dies um so leichter, weil sie nur zu einem Bruchteil der Kosten produzieren wie die potentiellen Konkurrenten.

- Auch integrationspolitisch birgt die zunehmende Instabilität der westlichen Welt erhebliche Gefahren, denn Inflation, Arbeitslosigkeit und Zahlungsbilanzungleichgewichte behindern den freien internationalen Waren- und Kapitalverkehr, der nach dem Zweiten Weltkrieg gegen vielfachen Widerstand in Gang gekommen war. Die Desintegrationstendenzen haben bereits jetzt ein gefährliches Maß erreicht, weil immer mehr Länder die Lösung ihrer Probleme in einer Renationalisierung der Wirtschaftspolitik suchen.

Zusammengenommen sind diese Wirkungen ziemlich verheerend, denn sie tragen dazu bei, das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems zu zerstören. Kritiker dieses Systems sehen daher in der gegenwärtigen Rezession nicht nur eine Stabilisierungs- und Strukturkrise, sondern auch eine Konstitutionskrise der Marktwirtschaft - oder eine Krise des Kapitalismus schlechthin. Eine erfolgreiche Stabilisierungspolitik ist somit zugleich das beste Mittel zur Systemstabilisierung.

3 Die Therapie

So sehr die Dringlichkeit einer wirksamen Stabilisierungspolitik anerkannt wird, so groß ist nach den Fehlschlägen der letzten Jahre aber auch die Ratlosigkeit hinsichtlich der einzuschlagenden Strategie. Auf der Suche nach einer überzeugenden Konzeption wird man erneut mit dem Streit zwischen "Fiskalisten" und Monetaristen" konfrontiert, nur wird er hier unter anderen Schlagworten geführt, wie "Zyklus versus Trendorientierung" oder "diskretionäre Konjunktursteuerung versus Regelbindung".

- Für die "Monetaristen" geht es zunächst einmal darum, die Stabilisierungspolitik zu stabilisieren. Dies ergibt sich folgerichtig aus deren Impulsdominanzhypothese. "Stabilisierung der Stabilisierungspolitik bedeutet, die entscheidende, weil quantitativ wichtigste Ursache dauernder Instabilität zu beseitigen" (NEUMANN, 17, S. 80). Ansatzpunkt hierfür ist nach FRIEDMAN eine im Grundsatz konstante Zuwachsrate der Geldmenge, die sich am langfristigen Wachstum des Produktionspotentials orientiert. Die "Monetaristen" behaupten nicht, damit jede Art von Instabilität vermeiden zu können; "andere Impulsfaktoren" (was immer das auch sein mag) könnten weiterhin Schwingungen erzeugen, nur würde diese durch eine trendorientierte Konjunkturpolitik merklich gedämpft.

- Die "Fiskalisten" leugnen inzwischen zwar in ihrer Mehrheit nicht mehr die Vorzüge, die eine trendorientierte Politik gegenüber einer diskretionären Steuerung bietet 1), sie haben jedoch Bedenken hinsichtlich der praktischen Relevanz des monetaristischen Konzepts. Skepsis herrscht insbesondere gegenüber der Hypothese von einem stringenten Zusammenhang zwischen Geldbasis, Geldmenge und wirtschaftlicher Aktivität. Insbesondere trauen die "Fiskalisten" der Geldpolitik nicht zu, daß sie durch eine Veränderung der relativen Preise, vor allem des Zinssatzes, die Investitionsneigung beeinflussen kann; sie setzen stattdessen auf eine Veränderung der Staatseinnahmen und -ausgaben.

---

1) Eine Minderheit betrachtet dagegen jede Art von trendorientierter Politik immer noch als ein destabilisierendes Element. So hält es HELLER (13, S. 26) für wahrscheinlich, daß die Übernahme des monetaristischen Konzepts "would condemn us to long periods of economic slack or inflation as the slow adjustment processes in wages and prices, given strong market power, delayed the economy's reaction to the monetary rule while policy makers stood helpless by".

Weniger dogmatisch festgelegte Ökonomen versuchen zu vermitteln: So schlägt etwa NIEHANS (18) einen "policy mix" vor, bei dem die Geldpolitik die längerfristige Stabilisierung des Preisniveaus zu übernehmen, die Fiskalpolitik dagegen sich um eine Glättung der Produktionsschwankungen zu bemühen hätte.

Nimmt man die stabilisierungspolitischen Rezepte in den westlichen Industrieländern genauer unter die Lupe, so zeigt sich dort in letzter Zeit eine vorsichtige Öffnung hin zur monetaristischen Konzeption. Hierbei dürfte eine Rolle spielen, daß seit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen die Geldpolitik ihre Funktionsfähigkeit weitgehend wiedererlangt hat, die sie bei fixen Wechselkursen eingebüßt hatte. Die Zeit ist freilich bisher zu kurz, um die Erfolgschancen dieser neuen Strategie beurteilen zu können. Noch hat die Weltwirtschaft den Aufschwung aus einem tiefen Konjunkturtal in Richtung auf einen gleichgewichtigen Wachstumspfad nicht geschafft, und noch ist die Inflation nicht unter Kontrolle.

Bis zum Beweis des Erfolges bleibt deshalb vorsichtige Skepsis angebracht. Wenn es zutrifft, daß die traditionelle Politik der Nachfragesteuerung mehr oder weniger an der Existenz von Marktmacht gescheitert ist, so muß man sich natürlich fragen, was der Übergang zu einer anderen Variante dieser Politik daran zu ändern vermag. In diesem Punkt bewegt sich die "Fiskalismus-Monetarismus-Debatte" allzu sehr an der Oberfläche. Natürlich haben die "Monetaristen" recht mit der These, daß in der Vergangenheit die Geldpolitik die Austragung des Verteilungskonflikts ermöglicht habe. Aber heißt dies auch, daß bei einer anderen Geldpolitik dieser Konflikt aus der Welt geschafft ist? Gelingt es nämlich nicht, zugleich auch eine nachhaltige Veränderung der Verhaltensweisen zu erzwingen, dann führt eine streng am Stabilisierungsziel ausgerichtete Nachfragesteuerung zwangsläufig in die Stagnation, wenn nicht gar in die Slumpflation. Das eindrucksvollste Beispiel hierfür liefert seit längerem Großbritannien, aber auch andere Länder, darunter die Bundesrepublik Deutschland, haben inzwischen ähnliche Erfahrungen machen müssen.

Falls die Diagnose richtig ist, daß in der Welt von heute das Problem der Stabilisierungspolitik primär ein ordnungspolitisches ist, so folgt daraus, daß zunächst einmal hier die Hebel anzusetzen sind. Damit rückt die Einkommenspolitik wieder ins Zentrum der Überlegungen, nicht in dem Sinne eines Entweder - Oder, sondern als ein zur Nachfragesteuerung komplementärer Ansatz (vgl. SCHMAHL, 21, S. 154).

Die Aussichten, Konflikte durch allgemeinen Konsensus zu lösen, werden von der Konflikttheorie überwiegend zurückhaltend beurteilt. Selbst optimistischer gestimmte Autoren sind in ihren Formulierungen sehr allgemein: "Probleme, die nur mit Gewalt gelöst werden können, müssen neu gestellt werden" (FRIEDRICH HACKER). Die Erfahrungen in anderen Industrieländern mögen den Schluß nahelegen, daß die Einkommenspolitik den Konflikt zwischen Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung nicht zu lösen vermag (vgl. AHNEFELD, 2, S. 20 ff). Die Schwierigkeiten sind in letzter Zeit dadurch noch größer geworden, daß es sich nicht mehr nur um Verteilungskonflikte auf nationaler Ebene handelt (etwa zwischen Arbeit und Kapital, Schwarzen und Weißen, Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft, Staat und privatem Sektor), sondern um einen internationalen Konflikt (etwa zwischen international organisierter Arbeit und international organisiertem Kapital, Industrieländern und der "Dritten Welt", "neureichen" und "armen" Entwicklungsländern). Man muß sich einmal vor Augen halten, was es für die Stabilisierungspolitik bedeutet, wenn international organisierte Gewerkschaften - bei unterschiedlichem Produktivitätsniveau - eine Angleichung der Reallöhne in den einzelnen Ländern anstreben (vgl. WEINBERG, 22). Dennoch: Schlichten läßt sich der Konflikt zwischen dem Stabilitätsziel und dem Beschäftigungsziel nur, wenn die Gesellschaft den organisierten Gruppen Regeln für ein sozialadäquates Verhalten auferlegt und diese sich dazu bekennen. Wer die Erfolgsaussichten einer solchen Politik gering einschätzt, muß die Alternative in Kauf nehmen: Eine Politik des "muddle through" mit Inflationsschüben in der Hochkonjunktur und Beschäftigungseinbußen in der Stabilisierungsrezession.

Versteht man den Begriff "Einkommenspolitik" im weitesten Sinne, etwa im Sinne von HABERLERS

Einkommenspolitik I und II (vgl. HABERLER, 12), so sind grundsätzlich zwei Varianten denkbar: Mehr Wettbewerb und mehr Dirigismus:

- Mehr Wettbewerb heißt: Verstärkte Fusionskontrolle, Verschärfung der Mißbrauchsaufsicht im Kartellrecht, Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelsbeschränkungen, Förderung der Arbeitsmobilität, Abschaffung von Mindestlöhnen. Aber auch: Reform des Streik- und Aussperrungsrechts, Überprüfung des Systems sozialer Leistung, Verzicht auf die Vollbeschäftigungsgarantie.
- Mehr Dirigismus heißt: Beschränkung der Tarifautonomie und Übergang zu Preis- und Lohnkontrollen, Einführung von Export- und Importkontingenten, Verschärfung der Kapitalverkehrskontrollen, staatliche Investitionslenkung.

Grundsätzlich fällt die Wahl zwischen den Alternativen nicht schwer. Alle gesellschaftlichen Gruppen sind natürlich für mehr Wettbewerb - ausgenommen bei sich selbst. In der Praxis bevorzugt man dann doch immer wieder kurzsichtige dirigistische Lösungen, mit denen man nicht selten das Gegenteil von dem erreicht, was man sich vorgenommen hat.

Ein treffliches Demonstrationsobjekt, wie Stabilisierungsprobleme im weltweiten Rahmen von den Regierungen heute "gelöst" werden, ist die Behandlung der Rohstoffrage. Das ganze läuft unter dem Etikett "Kooperation", das dieser Strategie - als Alternative zur "Konfrontation" - schon vorab einen positiven Anstrich geben soll. Tatsächlich ist die Stabilisierung der Rohstoffpreise, wenn wir darunter die Vermeidung kurzfristiger extremer Preisschwankungen verstehen, eine sinnvolle Aufgabe; nicht nur im Interesse der Entwicklungsländer, die auf die Devisenerlöse aus Rohstoffverkäufen dringend angewiesen sind, sondern auch im Interesse der Industrieländer, denen an einer möglichst störungsfreien Belieferung gelegen sein muß. Ein wirkungsvolles Instrument zur Dämpfung extremer Preisschwankungen wäre etwa die Anlage von Buffer-Stocks, die von den Industrieländern oder internationalen Organisationen finanziert werden könnten (vgl. Weltrohstoffversorgung, 23, S. 39 f). Bei den zur Diskussion stehenden Vorschlägen geht es aber nicht so sehr um das Problem der Instabilität durch zyklische Preisausschläge, sondern um eine Zementierung von Kartell-Preisen, die deutlich über den Gleichgewichtspreisen liegen. Längerfristiger wirkt diese Strategie - und dies läßt sich an der Konstruktion des europäischen Agrarmarktes studieren - auf eine weltweite Überproduktion hin, womit die nächste Preisbaisse bereits programmiert wird.

Versucht man eine Bilanz zu ziehen, so ist das Ergebnis nicht gerade ermutigend. Dies sollte nicht als Resignation verstanden werden, sondern eher als Ratschlag, insbesondere auch an die Teilnehmer dieser Tagung, die im Hinblick auf das Stabilisierungsziel vielleicht zu hoch gesteckten Erwartungen auf ein realistisches Maß zurückzuführen. MILTON FRIEDMAN, dem man gewiß nicht nachsagen kann, es mangele ihm an Selbstvertrauen, hat es einmal so formuliert: "I believe that we economists in recent years have done vast harm - to society at large and to our profession in particular - by claiming more than we can deliver. We have thereby encouraged politicians to make extravagant promises, inculcate unrealistic expectations in the public at large, and promote discontent with reasonably satisfactory results because they fall short of the economists' promised land" (FRIEDMAN, 8, S. 17).

Vielleicht sollte man sich beim heutigen Stand unseres Wissens und unter den gegebenen gesellschaftspolitischen Bedingungen damit begnügen, die weltwirtschaftlichen Konjunkturschwankungen zu mildern, wie dies kürzlich HERBERT GIERSCH (10, S. 17) vorgeschlagen hat.

Die Erfolgsaussichten sind gegenwärtig auch hier nicht sonderlich groß, aber wahrscheinlich größer, als wenn man versuchen wollte, jederzeit und überall einzelne Teilmärkte zu stabilisieren. Rund ein halbes Jahrhundert nach seiner Entdeckung ist es noch nicht einmal gelungen, den "Schweinezyklus" auszuschalten.

Literatur

1 ANDERSON, L.C.: A Monetarist View of Demand Management: The United States Experience. In: GIERSCH, H.: Demand Management. Globalsteuerung, Kiel 1972.

2 AHNEFELD, A.: Neue Versuche mit der Einkommenspolitik. In: Die Weltwirtschaft, H. 1, 1972.

3 BRONFENBRENNER, M. (Hrsg.): Is the Business Cycle Obsolete? New York 1969.

4 BRONFENBRENNER, M. and HOLZMANN, F.D.: Survey of Inflation Theory. In: The American Economic Review, Vol. VIII, 1963.

5 DÜRR, F., NEUHAUSER, G.: Währungspolitik, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik. Stuttgart 1975.

6 FAND, D.I.: Monetarism and Fiscalism. In: Banca Nazionale de Lavoro Quarterly Review, Vol. 23, 1970.

7 FELS, G.: Produktionsstruktur im Umbruch. In: Krise der Weltwirtschaft. Kieler Diskussionsbeiträge 37, Kiel 1975.

8 FRIEDMAN, M.: Have Monetary Policies Failed? In: The American Economic Review, Vol. 62, 1972.

9 GEBERT, D., SCHMIDT, K.D.: Der internationale Konjunkturverbund in den sechziger Jahren. In: Die Weltwirtschaft, H. 1, 1970.

10 GIERSCH, H.: Diskussionsbeitrag zu: Kooperation oder Konfrontation - Stürzt die Weltwirtschaft in eine Krise? Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll Nr. 50, 1975.

11 HAFFNER, S.: Wenn die Pferde nicht mehr saufen. In: Stern-Magazin, Nr. 36, 1975.

12 HABERLER, G.: Income Policies and Inflation: An Analysis of Basic Principles. Washington 1971.

13 HELLER, W.: Is Monetary Policy being Oversold? In: M. FRIEDMAN and W. HELLER, Monetary versus Fiscal Policy, New York 1969.

14 JÖHR, W.A.: Theoretische Grundlagen der Wirtschaftspolitik. Bd. II: Die Konjunkturschwankungen. Tübingen, Zürich, 1952.

15 JOHNSON, H.G.: The Keynesian Revolution and the Monetarist Counter-Revolution. In: The American Economic Review, Vol. 62, 1971.

16 KNIGHT, E.: Economic Policy and Inflation in the United States: A Survey of Developments from the Enactment of the Employment Act 1946 through 1972. In: Price and Wage Control: An Evaluation of Current Policies. Hearings before the Economic Committee Congress of the United States. 92nd Congress, 2nd Session, Washington 1972.

17 NEUMANN, M.: Stabilisierungspolitik in monetaristischer Sicht. In: Stabilisierungspolitik. WSI-Studien zur Wirtschafts- und Sozialforschung. Nr. 27, Köln 1974.

18 NIEHANS, J.: Stabilisierung in der offenen Volkswirtschaft. Vortrag auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften - Verein für Socialpolitik - vom 2. bis 5.9.1974 in Zürich. (Bisher nur als Manuskript veröffentlicht).

19 PHELPS-BROWN, H.: A Non-Monetarist View of the Pay Explosion. In: The Three Banks Review, No. 105, 1975.

20 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Vollbeschäftigung für morgen. Jahresgutachten 1974/75.

21 SCHMAHL, H. J.: Stagflation - Herausforderung für die Wirtschaftspolitik. In: Stabilisierungspolitik, WSI-Studien zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Nr. 27, Köln 1974.

22 WEINBERG, N.: International Trade Union Co-operation and National Stabilisation Policies. In: The Labour Market and Inflation. Ed. by A.E. SMITH, London, Melbourne, Toronto, New York, 1968.

23 Vgl. Weltrohstoffversorgung: Konflikt oder Kooperation? Kieler Diskussionsbeitrag 36, 1974.